Kapitel V Alle machen mit: Demokratie, Jugend und Beteiligung

Antragsteller*in: Stadtvorstand

Text

1 5.1 Kein Platz für Menschenfeindlichkeit

2 Wir Grüne stehen zum Antifaschismus und stellen uns gegen jede
3 Menschenfeindlichkeit. Gerade in Zeiten, in denen es einen starken Anstieg an
4 Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, an Rechtspopulismus und
5 Europafeindlichkeit in unserer Gesellschaft gibt, werden wir weiter entschieden
6 und mit klaren Inhalten, Programmen und Maßnahmen dagegenhalten.

7 Projekte:

8 Infopolitik über Demonstrationen fortführen

9 Die bisherige Praxis der Information über menschenfeindliche und ultrarechte
10 Kundgebungen werden wir aktiv weiterführen. Es sollen weiterhin alle öffentliche
11 Versammlungen veröffentlicht werden um auch der Zivilgesellschaft Gegenproteste
12 zu ermöglichen.

13 Fachstelle für Demokratie

14 Die vorhandene Stabsstelle zur Erinnerungs- und Gedenkkultur und die
15 Koordinierungs- und Fachstelle des Programms „Demokratie leben“ werden wir mit
16 weiteren zuständigen Stellen zu einer Fachstelle für Demokratie ausbauen.
17 Vorbild ist die Stadt München, die in ihrer Fachstelle Verwaltungshandeln, die
18 Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements aber auch die
19 wissenschaftliche Begleitung des Themas bündelt.

20 Ausbau der Partnerschaft für Demokratie

21 Die bestehende Zusammenarbeit Beteiligung mit dem Bundesprogramm „Demokratie
22 leben!“ wollen wir ausbauen und intensivieren. Unser Ziel ist, dass noch mehr
23 Regensburger Initiativen Mittel aus dem Bundesprogramm beantragen und im Laufe
24 der kommenden Legislaturperiode viele neue Initiativen durch Fördermittel des
25 Programms ins Leben gerufen werden können.

26 5.2 Politische Bildung und Jugendarbeit

27 Damit junge Menschen ihr Wahlrecht informiert ausüben können, wollen wir sie
28 umfassend vorbereiten. Demokratie erhält sich nicht von selbst. Wir müssen sie
29 täglich verteidigen, erhalten und stetig erneuern und das fängt unter anderem an
30 den Schulen an. Wir wollen, dass die Kinder dort lernen, wie Demokratie
31 funktioniert, verstehen, was sie ausmacht, und erfahren, wie sie sich anfühlt.
32 Vor allem in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung muss die politische
33 Bildung gestärkt werden. Wir wollen nicht nur mündige Wähler*innen, sondern
34 aktive Mitglieder unserer Gesellschaft fördern.

35 Dies soll unter anderem mit einer Stärkung des Stadtjugendrings durch mehr
36 Gelder sowie durch den Ausbau von Jugendzentren erfolgen. Grundsätzlich braucht
37 es in allen Stadtteilen Räume und Treffpunkte für Kinder und Jugendliche.

38 Als wichtigen Fokus für die Jugendarbeit erachten wir die Aufklärung über
39 psychische Erkrankungen. Immer mehr junge Menschen leiden unter Depressionen
40 oder Burnout. Psychische Erkrankungen dürfen nicht länger mit Stigmata belastet
41 sein, wenn wir wollen, dass Menschen sich Hilfe suchen. Im Rahmen der
42 außerschulischen Jugendarbeit wollen wir daher in der kommenden
43 Legislaturperiode hier einen besonderen Schwerpunkt setzen. Weitere mit Stigmata
44 behaftet Krankheiten wie beispielsweise AIDS gilt es ebenfalls zu thematisieren
45 und durch Aufklärung mit Vorurteilen aufzuräumen.

46 Projekte:

47 Angebote des Rathauses für die Schulen ausbauen

48 Die bisher bestehenden Kooperationen der Stadt mit den Schulen, die Besuche der
49 dritten und vierten Klassen im Rathaus vorsehen, werden wir ausbauen. Wir wollen
50 den Schulen zudem als Stadt ein Planspiel zur Kommunalpolitik anbieten, das 14-
51 bis 16-jährigen Schüler*innen die Kommunalpolitik näher bringen soll.

52 Jugendbeirat stärken

53 Wir werden den Jugendbeirat unterstützen und stärken. Bisher handelt es sich
54 lediglich um ein beratendes Gremium. Wir wollen ihn mit mehr
55 Mitbestimmungsrechten ausstatten. Beschlüsse des Jugendbeirates sollten
56 obligatorisch vom Stadtrat behandelt werden müssen und Mitglieder des Beirats
57 sollen dazu Rederecht in den Sitzungen erhalten.

58 Jugendzentren ausbauen

59 In allen Stadtteilen muss es genügend Jugendzentren geben. Aufgrund der
60 Erschließung neuer Wohngebiete und des Zuzugs nach Regensburg werden zusätzliche
61 benötigt. Auf Basis einer entsprechenden Bedarfsprüfung werden wir die
62 Anlaufpunkte für junge Menschen im Stadtgebiet weiter ausbauen.

63 5.3 Beteiligung

64 Wir Grünen wollen mehr Beteiligung bei großen Projekten! In einer Stadt wie
65 Regensburg muss die Bürger*innenbeteiligung ausgebaut und weiterentwickelt
66 werden. In Zukunft soll es mehr Möglichkeiten geben, sich zu beteiligen. Auch
67 digitale Tools wollen wir dafür nutzen. Bezüglich der kontroversen Diskussion in
68 der Stadtgesellschaft zum Bau eines Regensburger Kongress- und Kulturzentrums
69 wollen wir anstatt einer weiteren Standortdiskussion eine aktive
70 Bürger*innenbeteiligung fortführen. Nach dem erfolgreichen Bürger*innenbegehren
71 werden wir uns gegen weitere Planungen für ein RKK auf dem Keplerareal
72 einsetzen. Das Keplerareal bietet vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten, an
73 deren Ausarbeitung alle Bürger*innen beteiligt werden müssen. So bietet z.B. das
74 Keplerareal vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten, über deren Konzeption und
75 Umsetzung die Bürger*innen in einem Beteiligungsverfahren entscheiden sollen.

76 Eine aktive Beteiligung kann und muss auch durch mehr Präsenz von
77 Kommunalpolitiker*innen in allen Stadtteilen erreicht werden – und das nicht nur
78 im Wahlkampf. Sie sollten regelmäßig präsent sein, um so die Anliegen der
79 Bürger*innen direkt vor Ort mitzubekommen und die Stadtteile mit ihren Anliegen
80 und Ideen im Stadtrat zu vertreten.

81 Projekte:

82 Amt für Beteiligung

83 Bisherige Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung zum Thema
84 Bürger*innenbeteiligung wollen wir bündeln. Nach dem Vorbild der Stadt Barcelona
85 sollten sämtliche Beteiligungsverfahren, online wie offline, von Expert*innen in
86 diesem Amt in die Hand genommen werden.

87 Bürger*innenhaushalt

88 Neben einer aktiven Beteiligung werden wir auch die Möglichkeit schaffen, dass
89 Bürger*innen sich zusammentun und eigene Projekte umsetzen. Dazu wollen wir
90 einen eigenen Posten im Stadtrat als Bürger*innenhaushalt schaffen. In einem
91 basisdemokratischen Beteiligungsprozess können engagierte Bürger*innen selbst
92 darüber bestimmen, in welche Projekte diese Gelder fließen sollen.

93 Stadtbezirke in den demokratischen Prozess einbinden

94 Wir wollen, dass alle Stadtteile in der Stadtpolitik Gehör finden. Auch
95 spezifische Probleme innerhalb einzelner Stadtteile sollen im demokratischen
96 Prozess kanalisiert werden. Dazu wollen wir die Einführung von
97 Bezirksausschüssen, die die Bayerische Gemeindeordnung für Großstädte über
98 100.000 Einwohner*innen erlaubt, erproben. In einem ersten Schritt sollen sie
99 nach dem Ingolstädter Modell mit beratender Funktion an städtischen
100 Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Sofern sich die Bezirksausschüsse in
101 der politischen Praxis bewähren, wollen wir überprüfen, ihnen nach Münchner
102 Vorbild auch Entscheidungskompetenzen zukommen zu lassen.

103 Migrationsbeirat stärken

104 Migrant*innen dürfen nicht länger bei Wahlen übersehen werden und brauchen ein
105 politisches Sprachrohr. Der Migrationsbeirat war hierfür ein erster wichtiger
106 Schritt, jedoch muss dieser Weg konsequent weiter gegangen werden und dafür der
107 Migrationsbeirat mit mehr Kompetenzen und Mitbestimmungsrechten ausgestattet
108 werden.

109 5.4 Verwaltung transparent und digital

110 Digitalisierung ist die Zukunft und hat bereits angefangen. Wir gehen die
111 Digitalisierung als zentrale Querschnittsaufgabe an. Mit einer digitalen
112 Verwaltung, mit Online-Informationsbereichen (Open Data) und bürger*innen- und
113 unternehmensfreundlicher, transparenter digitaler Kommunikation mit Behörden
114 werden wir die Standards für eine moderne Verwaltung und den Abbau von
115 Bürokratie setzen.

116 Aus Transparenz- und Verantwortlichkeitsgründen sollen die Anzahl und auch die
117 Kompetenz beschließender Ausschüsse in Unternehmen und Körperschaften mit
118 städtischer Beteiligung reduziert werden. Nicht notwendige Gremien wie der

119 Kreditausschuss der Sparkasse sollen abgeschafft werden. Sie sind intransparent
120 und reduzieren den Einfluss der öffentlichen Hand – die die Bürger*innen der
121 Stadt Regensburg vertritt – auf Entscheidungen.

122 Projekte:

123 Behördengänge auch Online ermöglichen

124 Wo das technisch möglich und sinnvoll ist, werden wir die Abwicklung von
125 Verwaltungsvorgängen online ermöglichen. In den Fällen, in denen kein
126 persönliches Vorsprechen in der Behörde notwendig ist, spart das sowohl
127 Bürger*innen, als auch der Verwaltung selbst Zeit. Neue Behördenvorgänge sollen
128 grundsätzlich nach dem Prinzip „digital by default“ erarbeitet werden, bei denen
129 eine digitale Abwicklung der Standard ist – natürlich muss der persönliche
130 Kontakt oder das Vorsprechen in Behörden dennoch möglich sein.

131 Einführung von Online-Terminen für Behördengänge

132 Für Verwaltungsvorgänge, die eine persönliche Anwesenheit der Bürger*innen
133 erfordern, wollen wir die Möglichkeit schaffen, Termine online zu vereinbaren.
134 So können Schlangen am Bürgerbüro und anderen Verwaltungsstellen umgangen werden
135 und die Verwaltung selbst kann den Einsatz ihres Personals besser planen.

136 Open Data

137 Wir setzen auf das "Open Data"-Paradigma für eine Verwaltung der Zukunft. Dabei
138 werden möglichst alle anfallenden Daten datenschutzrechtlich aufgearbeitet
139 öffentlich bereitgestellt. Das schafft Transparenz und ermöglicht Partizipation.
140 Neben den Bürger*innen können Wirtschaft und Wissenschaft die Daten zur
141 Forschung und Produktentwicklung nutzen. Innerhalb der Behörden selbst werden
142 Kosten gespart, da durch Open-Data-Portale die Erhebung gleicher oder ähnlicher
143 Datensätze vermieden wird. Die Bereitstellung der Daten soll auch alle
144 städtischen Töchter betreffen.

145 5.5 Datenschutz und Videoüberwachung

146 Der Schutz persönlicher Daten der Bürger*innen ist für uns Grüne ein wichtiges
147 Thema. In Zeiten, in denen Daten als das neue Gold gehandelt werden, muss
148 Datenschutz auch konsequent umgesetzt werden. Die neue EU-
149 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) setzt hierfür eigentlich gute Maßstäbe –
150 jedoch wurden Informations- und Beratungsangebote dazu in Bayern vernachlässigt.

151 Projekte:

152 Reduzierung der bestehenden Videoüberwachung

153 Wir fordern eine Überprüfung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.
154 Bestehende Überwachung wird auf den bisherigen Nutzen hin überprüft und auf ein
155 Minimum reduziert, neue Überwachung nur in begründeten Ausnahmefällen zugelassen
156 werden. Eine automatisierte Gesichtserkennung und andere intelligente
157 Videoüberwachungssysteme lehnen wir grundsätzlich ab.